



Niederschrift

36. Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport (TOP 1 und 2 gemeinsame Sitzung mit dem Jugendhilfeausschuss)

Sitzungstermin:	Mittwoch, 17.01.2007
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	20:30 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Raum 3.025

Anwesend sind:

Frau Drohla, Hella	DIE LINKE. PDS	
Frau Klotz, Ursula	DIE LINKE. PDS	Teilnahme bis 19:30 Uhr
Frau Schulze, Jana	DIE LINKE. PDS	
Herr Dr. Steinicke, Alexander	DIE LINKE. PDS	Leitung der Sitzung
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	Teilnahme bis 20:00 Uhr
Herr Kümmel, Harald	SPD	
Herr Bretz, Steeven	CDU	
Frau Paulsen, Bettina	CDU	Teilnahme für Frau Lehmann
Frau Dr. Lotz, Brigitte	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Arndt, Gerhard	BürgerBündnis/FDP	
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	Teilnahme bis 18:45 Uhr
Frau Gülzow, Christine	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Klamke, Volker	SPD	
Frau Stolpe, Anne	DIE LINKE. PDS	
Herr Bogel-Meyhöfer	Staatl. Schulamt	
Frau Ewers, Josefine	FB Schule und Sport	
Herr Gessner, Torsten	BL Sport	
Frau Rom, Karin	FB Reg. Weiterbildung	
Frau Dr. Voigtländer, Roswitha	FB Öff. Weiterbildung	
Herr Weiberlenn, Dietmar	BL Schule	
Frau Fischer, Gabriele	Beigeordnete	

Nicht anwesend sind:

Frau Lehmann, Sieglinde	CDU	Entschuldigt
Frau Keilholz, Monika	Die Andere	Unentschuldigt
Herr Bohn, René	CDU	Unentschuldigt
Frau Hofmann-Lauer, Heike	CDU	Entschuldigt
Herr Dr. Kwapis, Jörg	Die Andere	Unentschuldigt
Herr Rieger, Peter	DIE LINKE. PDS	Entschuldigt
Herr Stief, Norbert	SPD	Entschuldigt
Frau Wettstaedt, Bärbel	DIE LINKE. PDS	Unentschuldigt
Herr Prof. Dr. Thiel, Wolfgang	Musikschule	Entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Festlegung der Beschlussfähigkeit und der ordnungsgemäßen Ladung
- 2 Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2007 bis 2008/2010
Schnittstellen zwischen Jugendhilfe- und Bildungsbereich
Schwerpunkte u.a.:
 - Auswertung der Sozialarbeit an Potsdamer Schulen im Schuljahr 2005/2006
 - Suchtprävention
 - Integrierte Grundschul- und HortplanungVorlage: 06/SVV/0968
Oberbürgermeister, FB Jugendamt
- 3 Sitzung Ausschuss Bildung und Sport
- 3.1 Protokollbestätigung und Beschlusskontrolle der 35. Sitzung, Bestätigung der Tagesordnung
- 4 Überweisungen aus der SVV
- 4.1 Handlungskonzept zur Gestaltung des Demografischen Wandels in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 06/SVV/1009
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 4.2 Umweltpreis für Kinder und Jugendliche
Vorlage: 06/SVV/0964
Fraktion Familien-Partei
- 5 Mitteilung der Verwaltung
- 5.1 Unfallstatistik auf kommunalen Sportanlagen
Bzgl. 06/SVV/0980
- 5.2 Aktuelle Information zur Bildungsmesse
- 6 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 Festlegung der Beschlussfähigkeit und der ordnungsgemäßen Ladung**
Zu Beginn der Sitzung sind 9 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses für Bildung und Sport sowie 9 stimmberechtigte Mitglieder des Jugendhilfeausschusses anwesend. (Frau Knoblich, Frau Drohla und Frau Schulze sind Mitglieder in beiden Ausschüssen)
Somit sind beide Ausschüsse beschlussfähig.

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden des Ausschusses für Bildung und Sport, Dr. Steinicke.

Dr. Steinicke informiert, dass ihm aufgrund der aktuellen Ereignisse betreffs der Eisenhart-Schule drei Anträge auf Rederecht vorliegen. Er schlägt vor, den Vertretern jeweils fünf Minuten Rederecht einzuräumen und vor Eintritt in die Tagesordnung eine Anhörung durchzuführen. Die Problematik betrifft beide Ausschüsse, da Schule den Bildungsausschuss und Hort den Jugendhilfeausschuss tangiert.

Gegen den Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

Dr. Steinicke schlägt Rederecht für Frau Frehse, Förderverein der Eisenhart-Schule, Frau von Heimendahl und Frau Cunze, Elternvertreter, vor. Er empfiehlt vor, die Argumente der Eltern zur Kenntnis zu nehmen. Zur Problematik gibt es eine Beschlussvorlage der Verwaltung und einen Antrag der Fraktion DIE LINKE.PDS, die in der Stadtverordnetenversammlung am 31.01.2007 auf der Tagesordnung stehen und vermutlich in die Ausschüsse überwiesen werden. Somit wird es genügend Gelegenheit geben das Problem zu diskutieren.

Frau Frehse bringt zum Ausdruck, dass es erheblichen Widerspruch der Eltern gegen die einseitigen Pläne der Stadt zum Umzug der Eisenhart-Schule an den Standort der Rosa-Luxemburg-Schule gibt. Sie führt verschiedene Kritikpunkte auf.

Frau von Heimendahl stellt dar, dass die Raumprobleme erstmals in der Schulkonferenz im November diskutiert wurden. Fazit war, am Campus festzuhalten. Man sprach sich für den kurzfristigen Kauf des Grundstückes, den Abriss der Baracke, das Aufstellen von Containern und den Umbau der Aula aus. Am 21.12.06 erhielten die Eltern eine Einladung für eine außerordentliche Schulkonferenz am 09.01.07, auf der Vertreter der Verwaltung, die Schulleiterin der Rosa-Luxemburg-Schule und der Schulrat anwesend waren. Der Schulkonferenz wurden keine Lösungsmöglichkeiten vorgeschlagen, sondern es wurde nur der Fakt dargestellt. Es gab keine Alternative. Im Anschluss wurde der Brief der Schulleiterin zum Umzug an die Eltern verschickt. Im Hauptausschuss wurde dargestellt, alle Eltern seien mit dem Umzug einverstanden. Den Eltern wurde diese Entscheidung aufgezwungen, sie sind nicht angehört worden. Die Eltern halten am Campus fest, welches in ihren Augen nicht die teuerste Variante ist.

Frau Frehse kritisiert, dass die Schulleitung angehalten war Stillschweigen zum geplanten Umzug zu wahren. Die Eltern hatten keine Möglichkeit Stellung zu nehmen. Die Argumente der Verwaltung für den Umzug sind der Ganztagsbetrieb und die Finanzen. Wenn die Eltern gewusst hätten, dass der Ganztagsbetrieb Hebel für den Umzug ist, hätte man keinen Antrag gestellt. Hinsichtlich der Finanzierung schlagen die Eltern Alternativvarianten vor, mit dem Ziel, den Campus umzusetzen. Die Elternvertreter sind gern bereit darüber zu informieren.

Frau Cunze, Mutter von zwei Kindern, die inzwischen nicht mehr an der Eisenhart-Schule sind und Mitglied der FDP, appelliert, dass die Verwaltung ihre Entscheidung überdenken solle und die Variante umsetzen sollte, die alle wollen. Man wird erkennen müssen, dass Eltern gewillt sind, Kinder in schöne Schulen zu geben. Schulen sind ein Standortfaktor für eine Stadt.

Herr Bretz möchte deutlich machen, dass man im Hauptausschuss am 10.01.07 den Eindruck hatte, dass das dort Gesagte mit der Schule abgestimmt sei. Er stellte diesbezüglich eine Nachfrage und bekam die Antwort, dass die Schulkonferenz in einer konstruktiven Atmosphäre verlaufen sei. Am Tag nach der Hauptausschusssitzung erreichten ihn viele Elternbriefe. Man müsse jetzt klären, wie

man mit der jetzigen Situation umgehe. Eltern und Schüler müssen beteiligt werden. In der nächsten Stadtverordnetenversammlung wird es eine Beschlussvorlage zum Campus-Kurfürstenstraße geben. Ein Kernargument, welches nicht gelöst ist, ist der Investitionsbedarf. Unklar ist, wie das Problem Investitionsstau gelöst werden soll. Die CDU-Fraktion neigt sehr dazu die Eisenhart-Schule an ihrem Standort zu belassen.

Frau Fischer informiert, dass am 18.01.07 eine Elternkonferenz stattfinden soll, wo solche Detailfragen besprochen werden können. Sie widerspricht energisch, dass im Hauptausschuss etwas Falsches gesagt wurde. Die Schulkonferenz am 09.01.07 hat votiert, dass in dieser Richtung weiter gearbeitet wird.

Frau Knoblich bringt zum Ausdruck, dass sie von Anfang an Bedenken hatte. Der Beschluss einer Schulkonferenz sei etwas Bindendes. Sie fragt die Eltern, wie ein einstimmiger Beschluss der Schulkonferenz zustande gekommen ist und 14 Tage später alles anders ist.

Herr Wendt hat die gleiche Frage.

Dr. Steinicke informiert, dass er bei beiden Schulkonferenzen anwesend war und bestätigt, dass die Schulkonferenz zunächst für den Umzug votiert hat. Das Problem scheint, dass in der Schulkonferenz 4 Eltern vertreten sind und die Schule ca 300 Eltern hat. Anscheinend gibt es dort Differenzen. Er verweist darauf, dass die Schulkonferenz anhörungspflichtig ist.

Frau Fischer verweist auf ein Schreiben vom 12.01.07, welches alle Elternvertreter der Schulkonferenz unterschrieben haben. Nach der Presseveröffentlichung hat die Schulkonferenz der Eisenhart-Schule ihre Entscheidung zur Verlagerung des Schulstandortes widerrufen. Darauf hat die Verwaltung reagiert und am 18.01.07 zu einer erneuten Schulkonferenz eingeladen. Die Schulleiterin teilte mit, dass die Lehrerkonferenz dem Umzug zugestimmt hat.

Frau Frehse erklärt, dass es auf der Schulkonferenz keine Abstimmung gab. Die Verwaltung habe das Projekt vorgestellt und es gab keine Alternative. Es wurde gesagt der Campus sei tot. Die Eltern haben viele Kritikpunkte angemerkt.

Frau Dr. Lotz merkt an, dass die in der Dezembersitzung des Ausschusses für Bildung und Sport geäußerten Bedenken Realität geworden sind. Ihre Fraktion wird über den Umzug noch einmal ernsthaft nachdenken und prüfen, inwieweit das Verfahren akzeptabel ist. Sie bittet die Verwaltung ernsthaft zu prüfen, ob man eine günstigere Lösung finden kann. Sie würde die Aufgabe des Standortes bedauern.

Dr. Steinicke verweist auf die Stadtverordnetenversammlung am 31.01.07. Dort werden dazu eine Beschlussvorlage der Verwaltung und ein Antrag seiner Fraktion eingebracht. Es wird danach Gelegenheit geben, umfassend zu diskutieren.

Herr Gohlke meint, die Situation war nicht vorherzusehen. Der Ausschuss für Bildung und Sport müsse sich umfassend damit befassen. Er hält eine Sondersitzung für dringend erforderlich und schlägt vor, diese an der Rosa-Luxemburg-Schule durchzuführen, damit sich die Ausschussmitglieder ein Bild machen können und sehen, welchen Investitionsbedarf man vor sich habe.

Herr Arndt erklärt, dass die Fraktion Bürger Bündnis /FDP die Argumente der Eltern sehr ernst nehme. Man sei im Findungsprozess am Anfang. Er ist entsetzt

darüber, dass die Argumente der Verwaltung nicht mit den Argumenten der Eltern übereinstimmen. Wenn es um Investitionen geht sollte man Investitionen dort tätigen, wo sie am schnellsten den Schülern zu Gute kommen. Das wäre nach seiner Auffassung in der Kurfürstenstraße.

Frau Drohla nimmt die Argumente der Eltern sehr ernst und meint, man müsse sich selbst ein Bild verschaffen. Sie gibt zu bedenken, dass es ein sehr langer Weg sein kann und fragt ob sich die Eltern auf unbestimmte Zeit mit einer Containerlösung zufrieden geben wollen und die schöne Aula für zwei Klassenräume umnutzen wollen.

Dr. Steinicke erklärt um 18.15 Uhr die Anhörung für beendet. Er informiert die Eltern über die Möglichkeit, die Teilnahme an der Stadtverordnetenversammlung am 31.01.07 zu beantragen, um die Diskussion zu verfolgen.

zu 2 **Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2007 bis 2008/2010 2005/2006**

Vorlage: 06/SVV/0968

Frau Dr. Müller schlägt aufgrund des engen Zeitplanes in der heutigen Sondersitzung vor, die integrierte Grundschul- und Hortplanung zu vertagen. Sie schlägt einen Zeitrahmen von ca. einer Stunde vor.

Herr Schweers bringt den Jugendförderplan ein und macht dabei deutlich, dass aufgrund der Sozialraumorientierung der Jugendförderplan in dieser Form letztmalig vorgelegt wird.

Schnittstellen:

Herr Becker gibt anhand einer Folie einen Überblick über die Schnittstellen zwischen Jugendhilfe und Bildung und erläutert diese. Die Unterlagen werden als Tischvorlage ausgereicht.

Auswertung der Schulsozialarbeit:

Herr Stahlberg informiert, dass insgesamt 8 Sozialarbeiter mit je 35 Wochenstunden an Potsdamer Schulen tätig sind. Er bedankt sich bei den Schulleitern für die gute Zusammenarbeit.

Frau Syperrek weist darauf hin, dass 75 % der Sozialarbeit Einzelberatungen sind. Trotz sinkender Schülerzahl ist die Zahl der Fälle gestiegen. Sie geht auch auf die Lebenssituationen der Schüler und Schülerinnen ein, gibt einen Überblick über die Zusammenarbeit mit anderen Beteiligten und benennt die Beratungsschwerpunkte. Von 41 allgemeinbildenden Schulen kann an 8 Schulen Schulsozialarbeit abgedeckt werden. Die Schulsozialarbeiter wollen sich dem wachsenden Bedarf stellen, man sollte gemeinsam versuchen Möglichkeiten zu finden. Die Grundschule am Priesterweg hat schon über 13 Jahre einen Antrag zu laufen.

Suchtpräventionsarbeit:

Herr Prinz-Schubert informiert, dass die Fachstelle ein überregionales Angebot ist und sich vom Kita-Alter bis zu 27jährigen erstreckt. Anhand einer Powerpoint-Präsentation gibt er einen Überblick über die durchgeführten Veranstaltungen im Bereich Grundschule und Kita, die vom Jugendamt gefördert und durch die Stiftung Großes Waisenhaus zu Potsdam unterstützt werden.

Herr Schmolke, Leiter der Suchtpräventionsfachstelle, gibt einen Überblick über die Gesundheitsfürsorge und Suchtprävention in Kita, Hort und Grundschule und

erörtert die Ziele. Er bietet an, den Ausschussmitgliedern die Präsentation als PDF-Datei zur Verfügung zu stellen.

Frau Dr. Müller erklärt, dass zwei Anträge auf Rederecht zu Schulsozialarbeit vorliegen. Sie schlägt vor, den Anträgen zu entsprechen.

Herr Voehse regt an, erst in die Diskussion einzusteigen und dann die Redebeiträge anzuhören.

Frau Knoblich bittet sich an das vorgegebene Zeitlimit zu halten, da der Bildungsausschuss im Anschluss an die gemeinsame Sitzung noch eine eigene Tagesordnung abzuarbeiten hat.

Abstimmung zum Rederecht:

Zustimmung: 14

Ablehnung: 1

Dem Rederecht wird zugestimmt.

Herr Voehse stellt fest, dass ihm bei der Schulsozialarbeit in Potsdam der Aspekt des politischen Zusammenhanges fehlt.

Frau Knoblich fragt nach den Angeboten des Malteser Treffpunkt Freizeit, der erhalten wurde, um dort Kinder- und Jugendarbeit durchzuführen. Sie mahnt das Konzept an, welches bereits im Sommer im Jugendhilfeausschuss beraten werden sollte.

Frau Dr. Müller erklärt, dass dies in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses vorgestellt und beraten wird.

Herr Rudolph weist auf die dringende Erforderlichkeit der Schulsozialarbeit hin und macht deutlich, dass nicht bei Einrichtung neuer Stellen für Schulsozialarbeit an anderer Stelle gespart werden darf.

Frau Drohla fragt, ob keine Möglichkeit besteht, die Schulsozialarbeit bei 8 Stellen zu belassen oder zu steigern. Ihr ist aufgefallen, dass Bambus e.V. den Antrag auf Betriebserlaubnis nicht eingereicht hat und trotzdem arbeiten darf.

Herr Schweers erklärt, dass dies der Antrag für AKI war, der nicht eingereicht wurde, weil dies durch den Träger derzeit noch nicht durchgeführt wird. Er sieht derzeit keine Möglichkeit Mittel einzusetzen, um die Schulsozialarbeit auszuweiten.

Frau E. Müller erinnert daran, dass die Schulsozialarbeiterstellen ursprünglich aus dem 610-Stellen-Programm eingerichtet und gefördert wurden. Diese Förderung wird immer weiter zurückgefahren. Aus ihrer Sicht ist die Schulsozialarbeit unverzichtbar. Es sollte insgesamt überlegt werden, ob nicht an jeder Schule ein Schulsozialarbeiter zur Verfügung stehen sollte. Der Jugendhilfebereich deckt einen großen Bereich der Sozialarbeit ab, aber für die Schulen reicht es nicht aus. Man sollte nicht den Streit beginnen, ob Mittel für Schulsozialarbeit aus dem Bereich Schule bereit gestellt werden können. Sie plädiert dafür, mit dem Land darüber ins Gespräch zu kommen, dass an jeder Schule ein Schulsozialarbeiter zur Verfügung steht. Dies ist aber durch die Kommune nicht leistbar.

Frau G. Fischer ergänzt, dass dies auch im Bildungsausschuss des Städte- und Gemeindebundes thematisiert wurde und erneut an das MBSJ herangetragen wird. Der Fachbereich Schule und Sport hat Chill Out in die Schulleiterberatungen

eingeladen, um Kontakte herzustellen.

Herr Liebe macht deutlich, dass die Schulsozialarbeiter auch durchaus politische Entwicklungsarbeit in den Gesprächen mit den Schülern leisten. Es ist aber auch eine Aufgabe der Eltern, hier einzuwirken. Durch Ganztagschule erhalten Lehrer mehr Stundenzuweisungen. Diese Ressourcen sollten über Qualifizierung der Lehrer genutzt werden.

Herr Lehmann fragt, ob grundsätzlich eine Komm-Struktur bei der Schulsozialarbeit besteht oder ob es auch aufsuchende Arbeit gibt.

Herr Burck erklärt, dass nur mit den Schülern gearbeitet wird, die dies auch wollen. Es gibt aber auch die Möglichkeit, Schüler zu den Sozialarbeitern zu schicken.

Herr Kümmel weist auf die Tabelle mit den Kosten und Sozialarbeiterstellen hin. Er fragt, ob bei der Stellenfortschreibung bis 2010 von absoluten Zahlen ausgegangen wurde und wie die Zahlen zustande kommen. Er möchte auch wissen, wie der Aufwuchs in der Geschäftsstelle des Stadtjugendringes (SJR) zustande kommt und was die Aufgaben des Koordinators der Schulsozialarbeit beinhalten.

Herr Schweers informiert, dass diese Zahlen nach dem demografischen Faktor und den Sozialindikatoren in den Sozialräumen berechnet sind. Die Ausweitung der Arbeit der Geschäftsstelle des SJR war seit Längerem eine Forderung des Jugendhilfeausschusses.

Herr Stahlberg berichtet kurz über seine Aufgaben.

Herr Harder lädt Herrn Kümmel ein, sich vor Ort die Arbeit anzusehen. Er weist auch auf die Internetseiten des SJR.

Frau Eichelbaum, Schulleiterin der Grundschule am Priesterweg, informiert über die Situation an ihrer Schule. Sie macht darauf aufmerksam, dass die Probleme der Kinder insgesamt immer vielschichtiger werden und betont die Wichtigkeit und Unverzichtbarkeit der Schulsozialarbeit.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass der Antrag dieser Schule auf einen Schulsozialarbeiter höchste Priorität hat.

Frau Röber, stellv. Schulleiterin der Weidenhof-Grundschule, weist auf die sehr gute Zusammenarbeit mit den Schulsozialarbeitern hin. Sie schildert kurz einige Situationen, bei denen ein Schulsozialarbeiter unerlässlich ist.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass Schulsozialarbeit ein ganz wichtiger Faktor ist. Es muss alles daran gesetzt werden, um zumindest die Schulsozialarbeit zu verstetigen. Aufgrund der sozialen Entwicklung in Potsdam, wonach sich weiterer Bedarf abzeichnet, auf den zu reagieren ist, muss es arbeitsteilige Lösungen zwischen Land und Kommune geben. Die Ressourcen aus Ganztagschule sollten perspektivisch durch Qualifizierung der Lehrer genutzt werden können.

Frau Dr. Müller unterbreitet folgenden **Verfahrensvorschlag**:

Im Ergebnis der heutigen gemeinsamen Sitzung sollte ein gemeinsames Schreiben an das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport gerichtet werden, mit der heute erarbeiteten Tendenz. Beide Ausschüsse sollten in ihren nächsten Sitzungen darüber befinden.

Dr. Steinicke stimmt dem Vorschlag zu.

Frau Dr. Müller macht auf die ausgereichten Flyer zur Fachtagung „Ohnmächtige Jugend(arbeit)?“ der Stadtverwaltung am 30.01.2007 aufmerksam.

zu 3

Sitzung Ausschuss Bildung und Sport

Protokollbestätigung und Beschlusskontrolle der 35. Sitzung, Bestätigung der Tagesordnung

Beginn der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport um 20.05 Uhr.

Zu Beginn der Sitzung sind 9 von 12 Ausschussmitglieder anwesend. Es wird Beschlussfähigkeit festgestellt.

Dr. Steinicke lässt den öffentlichen Teil der Niederschrift der 35. Sitzung abstimmen (5/1/3). Es folgt die Abstimmung des nichtöffentlichen Teils der Niederschrift der 35. Sitzung (4/0/5), der öffentlich möglich ist, da es keine Nachfragen gibt. Aus der Beschlusskontrolle ergeben sich keine Probleme.

Dr. Steinicke informiert, dass TOP 4.2 entfällt. Herr Gohlke hat die DS 06/SVV/0964 für den Antragsteller zurückgestellt.

Frau Fischer erklärt, dass die Unterlagen zu TOP 5.1 den Ausschussmitgliedern schriftlich vorgelegt werden. Die Unterlagen werden mit der Niederschrift ausgereicht. Nachfragen sind in der nächsten Sitzung möglich.

Herr Bretz stellt den **Geschäftsordnungsantrag den TOP 4.1. in der nächsten Sitzung zu behandeln.**

Dr. Steinicke spricht dagegen. Er bittet heute um die Einbringung der DS 06/SVV/1009.

Herr Bretz ist mit der heutigen Einbringung einverstanden, spricht sich aber gegen eine inhaltliche Diskussion aus.

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt der Niederschrift der 35. öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung in der vorliegenden Fassung zu.

Abstimmungsergebnis öffentlicher Teil:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 1

Stimmenthaltung: 3

Abstimmungsergebnis nichtöffentlicher Teil:

Zustimmung: 4

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 5

zu 4

Überweisungen aus der SVV

zu 4.1

Handlungskonzept zur Gestaltung des Demografischen Wandels in der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 06/SVV/1009

Herr Meck, Strategischer Koordinator, und **Herr Soeffner**, Bereichsleiter Gesundheitssoziale Dienste, stehen für Fragen zur Verfügung.

Herr Meck bringt die Mitteilungsvorlage ein. In der Stadt Potsdam zeichnet sich

im Gegensatz zu anderen Regionen ein Zuwachs in der Altersgruppe 0 bis 6 Jahren und 6 bis 12 Jahren ab. Um darauf zu reagieren, sollte Potsdam familien- und kinderfreundlich sein. Auch müssen Handlungskonzepte für die älter werdende Gesellschaft entwickelt werden. Mit der vorliegenden Mitteilungsvorlage soll die Strategieentwicklung angestoßen werden.

Frau Fischer ergänzt, dass dies ein erster Schritt sei. Die Arbeitsgruppe Demografie, in der Frau Ewers mitarbeitet, hat entschieden, dass für die Bereiche Schule und Kultur nachgearbeitet wird. So ist es auf Seite 4 im letzten Absatz des Konzeptes dargelegt.

Frau Dr. Lotz verweist auf die Diskussion im Sozialausschuss.

Frau Schulze spricht sich dafür aus, die Debatte zu führen, wenn das Material eingearbeitet ist. Das soll im Juni erfolgen. Herr Gohlke habe im Sozialausschuss interessante Hinweise gegeben.

zu 4.2 Umweltpreis für Kinder und Jugendliche

Vorlage: 06/SVV/0964

Die DS 06/SVV/0964 wird vom Antragsteller zurückgestellt.

zu 5 Mitteilung der Verwaltung

zu 5.1 Unfallstatistik auf kommunalen Sportanlagen

Bzgl. 06/SVV/0980

Die Unfallstatistik auf kommunalen Sportanlagen wird mit der Niederschrift ausgereicht.

zu 5.2 Aktuelle Information zur Bildungsmesse

Frau Rom informiert, dass die 12. Potsdamer Bildungsmesse ein gemeinschaftlicher Auftritt der Bereiche Bildung, Wirtschaft/Forschung, Wissenschaft und Soziales sein wird. Es wird die Absicht verfolgt, die bisherigen Potsdamer Bildungsmessen mit einem erweiterten Angebot und einem neuen Charakter auszubauen. Die Veranstalter sind die Regionalen Weiterbildungsbeiräte Potsdam und Potsdam-Mittelmark. Als Schirmherr konnte der Minister für Bildung, Jugend und Sport gewonnen werden. Zur professionellen Umsetzung des neuen Konzeptes wird erstmals eine Agentur mit der Organisation und Durchführung der Messe beauftragt, die von der Arbeitsgruppe Messe unterstützt wird. In der letzten Sitzung lag den Ausschussmitgliedern eine Kalkulation der Kosten von der Agentur vor, die überarbeitet wird. Im städtischen Haushalt sind in der Einnahmeposition 41.200 € und in der Ausgabeposition 34.120 € eingestellt, so dass sich für die Stadt ein Plus ergibt. Der Vertragsabschluss befindet sich in der Endverhandlung und wird in den nächsten Tagen unterzeichnet. Die Messe findet am 30. und 31. März im „Alten Rathaus“ statt, zu der die Ausschussmitglieder herzlich eingeladen sind.

Herr Frenkel von der Agentur Frenkelson stellt das neue Erscheinungsbild der Messe vor und informiert über den Stand der Ausstellerwerbung. Bisher haben 75 Aussteller die Teilnahme zugesagt, ca. 80 werden erwartet. Ziel ist die echte Vermittlung von Bildungsangeboten, Ausbildungsplätzen und Jobs. Des Weiteren ist ein Seminarprogramm für Berufs- und Studienanfänger vorgesehen.

zu 6 Sonstiges

gez. Dr. A. Steinicke
Ausschussvorsitzender

gez.G. Wildgrube
Ausschussbetreuerin